



# MITI STAAT LIEST ACHTUNG:

**WENN DER BUNDESINNENMINISTER  
MIT SEINEM VERSCHLÜSSELUNGSVERBOT DURCHKOMMT,  
IST DER INHALT IHRER E-MAILS  
BALD SO VERTRAULICH WIE DIESER BRIEF.**

**DARUM:**



„Wir werden dafür sorgen, dass noch mehr Menschen in Deutschland ihre eigene Kommunikation noch sicherer machen.“

Hans-Peter Friedrich,  
damaliger Bundesinnenminister (CSU)  
am 16. Juli 2013.

„Wer seine Daten sichern will, wird sie wohl verschlüsseln müssen und kann nicht mehr auf seinen Nationalstaat hoffen.“

Hans-Peter Uhl,  
innenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion  
am 16. Juli 2013.

„Wir unterstützen mehr und bessere Verschlüsselung. Wir wollen Verschlüsselungs-Standort Nr. 1 auf der Welt werden. Dazu soll die Verschlüsselung von privater Kommunikation in der Breite zum Standard werden. [...] Wir wollen die Privatsphäre der Menschen und ihre Kommunikation im Internet besser schützen. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass jeder Einzelne in der Lage ist, sich selbst und seine Daten im Netz wirksam zu schützen.“

Aus der „Digitalen Agenda“ der Bundesregierung vom 20. August 2014.

„Unsere Sicherheitsbehörden müssen befugt und in der Lage sein, verschlüsselte Kommunikation zu entschlüsseln oder zu umgehen, wenn dies für ihre Arbeit zum Schutz der Bevölkerung notwendig ist.“

Thomas de Maizière,  
Bundesinnenminister (CDU) am 21.01.2015.

## „DAS BRIEFGEHEIMNIS SOWIE DAS POST- UND FERNMELDEGEHEIMNIS SIND UNVERLETZLICH.“

### - ART. 10 ABS. 1 GG.

Mit den Plänen des Bundesinnenministers würde jeder Bürger unter Generalverdacht gestellt und seine Kommunikation anlasslos überwacht.

**WIR FORDERN: DAS GRUNDRECHT AUF GESCHÜTZTE KOMMUNIKATION MUSS AUCH IM DIGITALEN ZEITALTER GEWAHRT BLEIBEN!  
ES DARF KEINE MASSENHAFT UND ANLASSLOSE ÜBERWACHUNG PRIVATER KOMMUNIKATION GEBEN!**

Weitere Informationen zum Thema Verschlüsselungsverbot finden Sie unter <http://www.solipa.de/>.

### WAS BEDEUTET EIN VERSCHLÜSSELUNGSVERBOT?

Der Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat noch nicht näher erläutert, wie ein Verschlüsselungsverbot in der Praxis aussehen soll. Denkbar sind zwei Varianten:

- Der Besitz, die Anwendung und Verbreitung von Verschlüsselungssoftware wird insgesamt unter Strafe gestellt (ähnlich wie bei sogenannten Hacker-Tools nach § 202c StGB)
- Wahrscheinlicher ist jedoch ein Gesetz, welches die Hersteller von Computersoftware zwingt, in ihre Programme geheime Zugänge für Behörden (sogenannte Hintertüren) einzubauen, welche die Verschlüsselung für Behörden umgehen.

In beiden Fällen erhielten staatliche Behörden künftig Zugang zum Inhalt Ihrer E-Mails, ganz gleich ob Sie diese verschlüsseln oder nicht.

### WARUM IST EIN VERSCHLÜSSELUNGSVERBOT SO GEFÄHRLICH?

Ein Verbot von Verschlüsselung ermöglicht eine anlasslose Komplettüberwachung unserer digitalen Kommunikation. Ähnliche Grundrechtseingriffe haben Bundesverfassungsgericht und Europäischer Gerichtshof in der Vergangenheit untersagt. Verschlüsselung schützt den Bürger nicht nur vor staatlichen Eingriffen, sondern auch vor der massenhaften Auswertung seiner Kommunikation durch private Datensammler.

Verschlüsselung ist das einzig wirksame Mittel zur Abwehr geheimdienstlicher Überwachung. Wer Verschlüsselung verbietet, verhindert damit auch eine funktionierende Kontrolle der Nachrichtendienste. Die Offenlegung jeglicher Kommunikation für staatliche Stellen kann die Arbeit der Opposition behindern und unsere Demokratie insgesamt gefährden.

Hintertüren in Programmen stehen nicht nur Behörden, sondern auch fremden Geheimdiensten und Kriminellen offen. Ein Verbot von Verschlüsselung würde unser Land nicht sicherer, sondern unsicherer machen.

### WESHALB IST EIN VERSCHLÜSSELUNGSVERBOT SINNLICH?

Kryptografie basiert auf mathematischen Verfahren. Diese sind allgemein bekannt. Ein Verbot von Verschlüsselung käme dem Verbot von Rechenaufgaben gleich.

Die Durchsetzung eines solchen Verbots ist aussichtslos und würde nur die kommerzielle Verbreitung von Verschlüsselungssoftware behindern. Populäre quelloffene Programme wie GnuPG und TrueCrypt sind jedoch weltweit kostenlos über das Internet erhältlich.

Nur gesetzestreue Bürger wären von einem Verschlüsselungsverbot betroffen. Potenzielle Attentäter werden auch weiterhin versuchen, ihre Anschlägsplanungen mit allen Mitteln vor den Behörden geheim zu halten.

Obwohl den Behörden die Urheber stets schon vorher bekannt waren, konnten Anschläge nicht verhindert werden. Es mangelt nicht an Überwachungsbefugnissen, sondern an kompetentem Personal. Es ist ein Irrglaube, dass technische Maßnahmen eine perfekte Sicherheit erzeugen könnten.